

Sicherheitslage im Bezirk Potsdam

28. September 1961

Bericht Nr. 598/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Potsdam

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 478, Bl. 103–113 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, AG Anleitung und Kontrolle, Ablage.

I. Territoriale und objektmäßige Schwerpunkte

Territorial treten besonders die Grenzkreise um WB: Oranienburg, Nauen, Potsdam, Zossen, Königs Wusterhausen als Schwerpunkte in Erscheinung.

Der Kreis Oranienburg

bildet dabei einen besonderen Schwerpunkt durch:

- eine bis in die jüngste Vergangenheit ungenügende politische und staatliche Führungstätigkeit durch die Kreisparteiorganisation und den R des Kreises, wo leitende Mitarbeiter verändert werden mussten, [sic!]
- das Zurückweichen der Parteiorganisation vor auftretender feindlicher und negativer Tätigkeit und der im Kreis zu lösenden politischen und ökonomischen Aufgaben,
- das Vorhandensein der beiden Großbetriebe *VEB LEW »Hans Beimler«*, in welchem sich eine starke Feindtätigkeit in Form von:
 - Feindverbindungen zu imperialistischen Geheimdiensten und der Organisation konterrevolutionärer Maßnahmen,
 - der Hetze und Organisation von revisionistischen Tendenzen und entsprechender Unterschriftensammlung zeigten.
 - Weiterhin tritt negativ in Erscheinung, dass die Parteiorganisation die Situation im Betrieb falsch einschätzte und vor kämpferischen Auseinandersetzungen zurückwich und das *Stahl- und Walzwerk »Wilhelm Florin«*, in welchem vor allem
 - die Feindtätigkeit sich in Form des Schmierens von Hetzlosungen und das Verteilen von Hetzschriften zeigte.
- Verstöße gegen die innergenossenschaftliche Demokratie in einer Anzahl LPG,
- ungenügende und sich schädlich auswirkende Leitungstätigkeit, die zu hohen Tierverlusten, z. B. in der *LPG Kremmen* führten,
- das Versagen des Handelsapparates, was vor allem im *Raum Hennigsdorf* zum Mangel an Grundnahrungsmitteln führte.

Für *alle Grenzkreise* ist typisch:

- die Konzentration von ehem. Grenzgängern im Kreisgebiet, vor allem im unmittelbaren Grenzgebiet,
- eine starke negative ideologische Beeinflussung durch Westfernsehen und Westrundfunk sowie die bis zum 13.8.1961 direkte und indirekte Verbindung nach Westberlin,
- im Ergebnis der Maßnahmen vom 13.8.1961 stark auftretende Feindtätigkeit, die in
 - Provokationen der Sicherungskräfte,
 - Vorgehen gegen Grenzbefestigung,
 - versuchten und erfolgten Grenzdurchbrüchen,
 - negativer Beeinflussung der Grenzbevölkerung
 - und negativer Reaktion auf die Lösung des Grenzgängerproblems zum Ausdruck kam,
- das Bestehen negativer Gruppierungen männlicher Personen bis 25 Jahre, die auch die Mehrheit aller seit dem 13.8.1961 festgenommenen Personen darstellt,
- eine noch ungenügend organisierte kulturelle und sportliche Betreuung der Bevölkerung, vor allem der Jugendlichen.

Neben diesen allgemeinen Erscheinungen treten die Kreise

Nauen durch:

- eine nicht den Erfordernissen entsprechende politische und staatliche Führungstätigkeit, die vor allem im Zurückweichen der Durchsetzung Verordnung vom 24.8.1961¹ zum Ausdruck kommt und
- in der damit erkannten Notwendigkeit der Veränderung von Kadern aus dem Staatsapparat
- hervor.

Potsdam

- in Bezug des Bestehens und Wirkens starker Gruppen der »Jungen Gemeinde« und der ESG (Evangelische Studentengemeinschaft), die sich allem durch Hetze und aktive Verbindung nach WD und WB auszeichnen,
- [durch] das *Geräte- und Reglerwerk* »Carl v. Ossietzky« in *Teltow* mit dem *Institut für Halbleitertechnik*,
- wegen einer hohen Konzentration von Angehörigen der Intelligenz,
- [wegen] eines bis zum 13.8.1961 den Erscheinungen nach organisierten Menschenhandels,²
- [wegen] desorganisierender Erscheinungen innerhalb der Produktion, verbunden mit einer vollkommen ungenügenden Planerfüllung, gemessen an anderen Betrieben des gleichen Industriezweiges,
- [wegen]des *Ostbaugebietes Glindow-Werder*, da dort besonders in politisch-ideologischer Hinsicht [in] den Fragen der sozialistischen Umgestaltung dieses Gebietes in Produktionsgenossenschaften noch Widerstände zu verzeichnen sind.

Außer den Grenzleisen bildet noch der Kreis *Brandenburg* durch:

- eine verstärkte Feindtätigkeit in Form der schriftlichen Hetze – wie Losungen,
- das Abreißen von Fahnen und Beschmieren von Plakaten, bes. auch während der Wahlen,
- das Bestehen faschistischer und revanchistischer Gruppierungen, die negativ in Erscheinung treten und z. T. durch Inhaftierung liquidiert wurden, eine aktive Tätigkeit der evangelischen Kirche, ihrer Gliederungen, wie »Junge Gemeinde« und ESG, im Sinne der reaktionären Kirchenführung unter Präs. *Scharf*,³ eine damit verbundene Hetze gegen die DDR sowie engere Verbindungen zu anderen Gruppen, z. B. *Potsdam*,
- die Großbetriebe:
 - *Stahl- und Walzwerk Brandenburg* und *VEB Brandenburger Traktorenwerk*, zuletzt Genannter mit Erscheinungen der Schädlingstätigkeit den Abt. Konstruktion und Technologie
 - *RAW Kirchmöser/Brandenburg* durch das Wirken einer Reihe negativer Personen, die am 17.6.53 teilweise in der »Streikleitung« waren heute leitende Positionen im Betrieb inne haben,
- eine unrealer Planerfüllung von 200 bis 300 %, was vermutlich auf eine falsche Planung zurückzuführen ist,
- einen bis zum 13.8.1961 stark in Erscheinung tretenden Menschenhandel, mit dem besonderen Schwerpunkt *BSG Lok Kirchmöser*

und der Kreis *Rathenow*, wo

- vorhandene opportunistische und revisionistische Konzentrationen, sowohl territorial als auch in den Industriebetrieben,
- Schmierer von Hetzlosungen, vor allem im Raum *Rhinow*, wo die Täter vermutlich Jugendliche, der Inhalt aber den Tendenzen der rechter Sozialdemokratie entspricht

einen Schwerpunkt.

II. Bezirksmäßige Probleme, die als Schwerpunkte in Erscheinung treten

Innerhalb der *Industrie* des Bezirkes sind besondere Probleme, die auftreten, folgende:

- In einer Anzahl Betrieben wie *LEW Hennigsdorf, Geräte- und Reglerwerk Teltow, Karl-Marx-Werk Babelsberg* bestehen Mängel und Fragen der Störfreimachung, die sich z. T. negativ auf die Planerfüllung (Geräte- und Reglerwerk) durch ungenügende Materialbereitstellung auswirken.
- Die kleinen VEB, halbstaatlichen und privaten Betriebe stellen Konzentrationen negativer Elemente dar, die z. T. nach dem 13.8.1961 provokatorisch in Erscheinung traten: *VEB Möbelbeschläge Luckenwalde, VEB Holzbau Hennigsdorf*.
- Im Bauwesen, besonders ländliches Bauwesen, bestehen große Planrückstände, die trotz Einsatz aller Kräfte nicht realisiert werden können. Die Planaufgaben entsprechen nicht den tatsächlich vorhandenen
 - finanziellen und materiellen Mitteln,
 - den vorhandenen Arbeitskräften und
 - den Baumaschinenkapazitäten
 und werden als zu hoch eingeschätzt.

Im Bereich der *Landwirtschaft* stellt die *Planerfüllung des Marktaufkommens* einen Schwerpunkt dar. Fast alle Kreise erfüllen nicht das Marktaufkommen an Milch- und Schweinefleisch. (Zzt. besteht ein Rückstand von ca. 13 500 t Milch, das ist ein täglicher Rückstand von 60 bis 65 t.)

Die Ursachen dafür sind im Wesentlichen:

- Schlamperie, Unordnung, Disziplinlosigkeit in den LPG vor allem, was das Stallpersonal betrifft,
- mangelhafte Leitungstätigkeit in Form der Verletzung der innergenossenschaftlichen Demokratie und teilweise Unfähigkeit; ungenügende Produktion von Raufutter (Heu), vor allem was den 2. Schnitt anbetrifft,
- nicht rechtzeitige Deckung der Färsen,
- teilweise hohe Viehverluste (vor allem LPG Typ III) durch die teils genannten Fakten sowie eine nicht rechtzeitige Fertigstellung der geplanten Stallkapazitäten.

In den LPG Typ I sind es vor allem Fragen der Arbeitsorganisation und der noch z. T. ungenügenden Qualifikation, die zu Verlusten und damit zur Nichterfüllung des Marktaufkommens führen.

In der *pflanzlichen Produktion* sind Anzeichen einer Nichtrealisierung der geplanten Erträge und damit des Marktaufkommens sichtbar.

Besonders ist dieses augenblicklich bei Kartoffeln der Fall, wo die Ursachen vor allem in der Nichteinhaltung der Anbaupläne zu suchen sind.

Bei Getreide liegen die Ursachen teilweise in den schlechten Witterungsbedingungen, zum anderen in einer nicht rechtzeitigen Herbst- und Frühjahrsbestellung. Besonders auffällig sind die Rückstände in den Kreisen Oranienburg, Nauen, Neuruppin, Jüterbog und Kyritz.

Ein weiteres Problem im Rahmen der Landwirtschaft stellt die zum Teil noch ungenügende politisch-ideologische Arbeit auf dem Lande dar. Obwohl alle bisher bestehenden Schwerpunkte in Fragen der Nichtaufnahme der genossenschaftlichen Arbeit, vor allem die Gemeinden Halbe, Birkholz und Schwerin [sowie der] Kreis Königs Wusterhausen durch operativen Einsatz liquidiert werden konnten, sind noch ideologische Auseinandersetzungen zu führen. Besonders in Erscheinung getreten sind nach dem 13.8.1961 eine Reihe faschistischer großbäuerlicher Elemente, vor allem in den Kreisen Belzig, Neuruppin und Pritzwalk. Auch ist eine Reihe von Waffen- und Terrordelikten zu verzeichnen, die relativ gegenüber der städtischen Bevölkerung höher liegt.

Allgemein treten als Probleme auf:

- die Aufrechterhaltung und Qualifizierung des Ersatzverkehrs der Randgemeinden nach Berlin und die damit noch in Zusammenhang stehende Unterbringung sowie politisch-kulturelle Betreuung des Fahrpersonals aus anderen Bezirken.
- Die Frage der Beschaffung von Reifen für die im Einsatz befindlichen Omnibusse. (Die Reifen entsprechen zum Teil nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen, und die O-Busse fallen durch Pannen aus).
- Die Frage der Beschaffung von Reifen für Traktoren und Anhänger, vor allem in der Landwirtschaft. Der Mangel führt teilweise zu starken Ausfällen an Zug- und Transportkapazitäten in der Landwirtschaft, im Handel, im Güter- und Personenverkehr.

III. Politisch-ideologische Schwerpunkte

Einen besonderen politisch-ideologischen Schwerpunkt stellen im Bezirk die *Personen bis zu 25 Jahren* dar. Diese hatten in der Vergangenheit, vor allem aus den Grenzkreisen, direkte oder indirekte Verbindung nach WB und unterlagen besonders der negativen ideologischen Beeinflussung, die von WB ausgeht. Bei den männlichen Personen äußerte sich diese vor allem in feindlichen Handlungen am 13.8.1961 und den nachfolgenden Tagen. Diese Personen stellen den Hauptteil aller wegen feindlicher Handlungen inhaftierten Personen dar.

Hauptdelikte waren dabei:

- provozierende und negative Beeinflussung der Sicherungskräfte,
- Beschädigung von Grenzbefestigungen,
- versuchte Grenzdurchbrüche und allgemein negative Reaktion auf die eingeleiteten Maßnahmen.

Die *Angehörigen der Intelligenz* traten nicht offen gegen die Maßnahmen auf. Allgemein ist jedoch eine politisch-ideologische Unklarheit und eine zum großen Teil negative Meinungsäußerung vorhanden.

Einzelpersonen, vornehmlich aus der *medizinischen und technisch-wissenschaftlichen Intelligenz*, traten offen ablehnend, aggressiv und feindlich in Erscheinung. Dabei wurden solche Argumente wie

- Stacheldraht und Mauern um WB vertiefen die Spaltung.
 - Die im Ärztekommuniqué enthaltenen Rechte werden nicht eingehalten, der Besuch von Verwandten und Bekannten sowie Kongressen in Westberlin, WD und im kapitalistischen Ausland wird unmöglich gemacht und
 - Für die Allgemeinheit sind diese Maßnahmen gut, für uns müssen Ausnahmen gestattet werden
- zum Ausdruck gebracht.

Die gleichen Argumente wurden auch von solchen Personen geäußert, die stark unter dem Einfluss von Angehörigen der Intelligenz stehen wie medizinisches Hilfspersonal, technische Zeichner und andere kleinbürgerliche Elemente.

Die *Mittelschichten* verhielten sich zu den Maßnahmen zurückhaltend oder abwartend und brachten ihre Meinung nur im eng vertrauten und gleichgesinnten Kreis zum Ausdruck. Allgemein wurde die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass jetzt das Handwerk und das Privateigentum mit Gewalt sozialistisch umgestaltet und verändert wird.

Bei der *Landbevölkerung* zeigte sich, dass erst nach einigen Tagen intensiv über die Schutzmaßnahmen gesprochen wurde. Es wurde zum Ausdruck gebracht, vor allem von dem schwankenden Teil der Landbevölkerung, dass nun eine Rückgängigmachung der sozialistischen Umgestaltung nicht mehr möglich sein wird.

Negativ und provozierend traten vor allem bereits bekannte notorische Trinker und Arbeitsbummelanten sowie Rückkehrer und Erstzuziehende auf. Die faschistisch-großbäuerlichen Elemente traten nicht offen mit Diskussionen hervor, sondern äußerten sich nur vorsichtig in gleichgesinnten Kreisen.

Argumente, die allgemein auftraten, waren:

- Die DDR gleicht einem Gefängnis, das mit Stacheldraht umgeben ist.
- Die Maßnahmen sind völkerrechtlich nicht fundamentiert, es bricht bald alles zusammen, es wird bald einen neuen 17. Juni geben.
- Jetzt wird mit den Menschen anders verfahren, es besteht keine Freiheit mehr.

Auswirkungen der feindlichen ideologischen Beeinflussung zeigten sich vor allem nach Verbreiten des Gerüchtes über einen Geldumtausch in Form verstärkter Einkäufe von Grundnahrungsmitteln, hochwertigen Industriewaren und einem verstärkten Anlegen von Bargeld bei den Geldinstituten der DDR.

1

Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung v. 24.8.1961. In: GBl. II 1961, Nr. 55, S. 343; Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung v. 24.8.1961. In: Ebenda, S. 349.

2

Stasi-Jargon für Fluchthilfe.

3

Kurt Scharf, Jg. 1902, Präses, während der NS-Zeit aktives Mitglied der Bekennenden Kirche, ab 1945 Propst und Leiter der Abteilung Brandenburg im Berliner Evangelischen Kirchenkonsistorium, 1957–1960 Vorsitzender des Rates der EKV, 1961–1967 Vorsitzender des Rates der EKD. Am 1.9.1961 wurde Scharf der Zutritt nach Ostberlin verwehrt und er aus der DDR ausgewiesen. Vgl. dazu ausführlich Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. München 1993, S. 424 ff. Vgl. Informationen [505/61](#), [554/61](#), [572/61](#), [589/61](#) u. [601/61](#).